

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

217 (11.5.1932) Morgenausgabe

Badische Presse

Einleitung und Verleger von
: : Ferdinand Schönerlin : :
Verantwortlich: Rfr. Volkmann
A. Kimmig; für politische Nachrichten:
Dr. R. Bauer; für lokale Nachrichten:
L. S. Dr. O. Schenck; für Kommunal-
politik: A. Binder; für Lokales und Sport:
A. Holzer; für das Reichstags-
Büro: für den Handelsteil:
Fritz Heß; für die Anzeigen: Ludwig
Meinl; alle in Karlsruhe (Baden).
Verleger: Dr. Kurt Meier.
Fornrecher: 4060, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptredaktion: Kaiserstraße
Nr. 80a. — Postcheckkonto: Karlsruhe
Nr. 8359. — Verleger: Gold und
Beimat / Literaturblatt / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Reise- und Väter-Zeitung / Sonntags-
Gartenbau / Karlsruher Betriebs-Zeitung.

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 11. Mai 1932.

Groener begründet SA.-Verbot. Das Schuldentilgungsgesetz in erster und zweiter Lesung angenommen.

Zusammenstöße zwischen Reichswehrminister und Nationalsozialisten.

Berlin, 10. Mai. Im Reichstag griff am Dienstag nachmittag ein scharfer Protest des Abgeordneten Göring (NS.) gegen das SA.-Verbot, Reichsminister Groener in die politische Aussprache ein. Er erklärte u. a.: Wenn der Abgeordnete Göring der Regierung und mir den Vorwurf gemacht hat, daß wir durch das Verbot der SA. und SS. der Nationalsozialisten die moralische Abrüstung des Freiheitswillens herbeigeführt hätten, so muß ich dagegen auf das ernste Verwahrung einlegen. (Erregt mit der Faust auf das Rednerpult schlagend): Ich verbitte mir das! (Händeklatschen in der Mitte. — Erregte Zurufe bei den Nationalsozialisten.)
Die Bezeichnung „militärähnlich“ in dem Verbote, diene lediglich zur Beschreibung der in Betracht kommenden Organisationen. Das Verbot gründete sich aber auf die Gefahr für die Staatsautorität, die darin bestand, daß für Zwecke einer einzigen politischen Partei und in der Hand einer einzigen politischen Persönlichkeit (Zuruf links: „Eines Regierungsrats!“), ein waffenführender und fast zentralistischer Apparat von 400 000 jungen Männern bereit stand, der mit der Aufrechterhaltung der Staatsautorität unvereinbar war. (Lachen bei den Nationalsozialisten — Zuruf: „Sie sind ein lächerlicher Soldat!“)

ein Staat gegen den Staat. Dieses Privatwehrgewerbe befand sich in der Hand eines einzelnen Mannes. Darin lag eine ganz besondere Gefahr. Ich erinnere nur an den Hitlerputsch. Es muß jeder Verband gerecht beurteilt werden. Sie (nach rechts) verlangen aber eine ungeredete Behandlung. Die SA. war gegen den Staat eingestellt, was in keiner Weise für das Reichsbanner zutrifft. Das Reichsbanner ist sachungsmäßig überparteilich. (Stürmisches Gelächter bei den Nationalsozialisten). Die Aufgabe des Reichsbanners, das den Staat befehligt, wird in der Bundesfassung auf den Schutz der Reichsverfassung abgestellt.

Der Minister teilt dann das Ergebnis der Nachprüfung des Materials mit, das ihm als Begründung für das von der Rechten geforderte Reichsbannerverbot zugegangen ist. Darin wird dem Reichsbanner zur Last gelegt, daß es sich politische und militärische Befugnisse angeeignet und zum Bürgerkrieg geheißt habe. Die Nachprüfung hat bezüglich der angeführten politischen Betätigung, abgesehen von Einzelfällen, die Vorwürfe nicht bestätigt. Hinsichtlich der angeführten Annäherung militärischer Befugnisse hat die Prüfung eine gänzliche Haltlosigkeit der entsprechenden Behauptungen ergeben. Eine Ausübung militärischer Befugnisse durch das Reichsbanner ist in keinem Falle erfolgt.

Was die Vorwürfe gegen das Reichsbanner anbelangt, die Bürgerkriegsgeheze zum Gegenstand haben, so ist festgestellt worden, daß tatsächlich einzelne rechnerische Entgleisungen vorgekommen sind. Eine Umsturz- oder Bürgerkriegsvorbereitung seitens des Reichsbanners kann aus diesen rechnerischen Entgleisungen nicht abgeleitet werden. Nach alledem kann das überparteiliche Reichsbanner mit der SA. der Nationalsozialisten nicht gleichgestellt werden, so daß die Voraussetzungen für ein Reichsbannerverbot nicht gegeben sind! (Erregte Zurufe bei den Nationalsozialisten. — Beifall in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Ohne die SA. hätten wir Ruhe und Ordnung in Deutschland. (Stürmisches Händeklatschen links. — Entrüstete Zurufe bei den Nationalsozialisten: „Den Bolschewismus hätten wir in Deutschland! Wir haben die Toten! Herr Minister!“)

Die Annäherung, den anderen die Vaterlandsliebe abzusprechen, geht zu weit. Ich will alles dazu beitragen, daß der Geist der Vaterlandsliebe im ganzen deutschen Volke sich ausbreitet! (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Straffer (NS.): Ich beantrage namens der nationalsozialistischen Fraktion, daß die Rede des Herrn Reichswehrministers auf Schallplatten in Deutschland verbreitet wird. Ich beantrage ferner Unterbrechung der Debatte, damit sich das Reichsbanner darüber klar werden kann, ob dieser Mann noch weiterhin die öffentliche Sicherheit und die Armee in Händen halten darf. (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Vizepräsident Eisele schließt darauf den Abgeordneten Straffer von der Sitzung aus. Bei den Nationalsozialisten werden stürmische Protestrufe laut. Im allgemeinen Tumult hebt der Vizepräsident die Sitzung durch Verlassen seines Platzes auf.

Die Nationalsozialisten bringen Heulrufe auf den Abgeordneten Straffer aus.

Es kommt zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Minister und dem Abg. Göring. Abg. Göring wird von seinen Parteigenossen davon zurückgehalten, zum Rednerpult vorzubringen. Er ruft wiederholt: „Es geht um die Ehre meines Führers!“

Minister Groener verliest dann den Wortlaut eines SA.-Befehls, daß beim Einmarsch politischer Truppen die SA. dem Führer zur Verfügung gehalten werden solle. „Es war mir nicht zweifelhaft“, fährt Groener fort, „daß auf die Dauer die SA. unmöglich verboten werden könne, und mit mir waren darin meine Ratgeber und Mitarbeiter (Zuruf rechts: „Höflichkeit“) einig. Selbstverständlich haben wir die Bewegung der SA. seit Jahren eingehend verfolgt. (Zuruf der Nationalsozialisten: „Mit dem Gummitrippel!“) Bis zum Herbst 1930 war die SA. verhältnismäßig harmlos. Das änderte sich aber bis zum Herbst 1931. Mit dem Erscheinen Röhm's kam ein ganz anderer Zug in die Sache. Die ganze Organisation war unter strenger zentralistischer Zusammenfassung jähelhaft durchdracht und durchgliedert. Die Gefahr für den Staat wurde außerordentlich groß. Trotz aller Legalisierungsversuche, die mir in großen Mengen zugehen, mußte man Übergriffe feststellen. Eine solche Organisation hat ihre Dynamik in sich und kann nicht einfach stehen bleiben. Es entstand

Der Reichstag setzte am Dienstag die erste Beratung des Schuldentilgungsgesetzes in Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache fort: Die Regierung war wiederum durch Reichsminister Dr. Brüning und die meisten übrigen Minister vertreten.

Bei Eröffnung der Sitzung teilt Präsident Loebe mit, daß von dem Präsidenten der französischen Kammer ein Danktelegramm für das Beileid des Reichstages aus Anlaß der Ermordung des französischen Staatspräsidenten eingegangen sei.

Für die Deutschnationalen nimmt Abg. Dr. Wang in Fortsetzung der Aussprache das Wort, der seiner Bewunderung darüber Ausdruck gibt, daß der Reichstag noch überhaupt zu Finanz- und Haushaltsberatungen hinzugezogen werde. Die Erklärung, den Haushalt im Falle seiner Ablehnung durch Notverordnung zu verhängen, beweise deutlich genug, daß diese Reichstagsberatung nur eine leere Farce sei und daß ihr eine lächerliche Bedeutung nicht zukomme (sehr wahr! bei den Deutschnationalen). Die Haushaltsgeschichte der letzten vier Jahre sei die Geschichte des Zusammenbruchs aller Illusionen, Hoffnungen und Versprechungen wie auch aller Voraussetzungen der Regierung. Wenn das „Gnädigkeits“- oder Hoover-Botschaft nicht gekommen wäre, wäre unser Volk rettungslos in den Abgrund gelaufen. Helfen könne allein die Befreiung und Entlastung der freien Wirtschaft! Bei gründlicher Umstellung des staatssozialistischen Apparates

Abg. Baumbach (Volkspol. Reichspol.) stimmt dem Schuldentilgungsgesetz mit Einschluß des Kreditermäßigungsgesetzes zu. Die wichtigste Frage sei die, wie die Beschäftigungslosen wieder in Arbeit zu bringen sind. Ohne Befreiung der Tributzahlungen sei die Belebung der Wirtschaft nicht möglich. Die Reichsregierung müsse das Nein aufrecht erhalten. Wer für völlige Autarkie eintrete, drücke den Lebensstandard des Volkes herab. Wenn der Völkerverbund überhaupt einen Sinn haben solle, müsse er die Initiative für eine vernünftige Zoll- und Kreditpolitik ergreifen.

Abg. Straffer (Nat.) führt aus, die Reichsregierung beschränke ihre ganze Politik auf den Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung. Wenn man heute sage der Aufstieg der Nationalsozialisten sei lediglich die Folge der großen Unzufriedenheit im Volke, so müsse man sagen, der Aufstieg sei in erster Linie der Protest des Volkes gegen einen Staat, der das Recht auf Arbeit und die Wiederherstellung des Nationalgefühls behindere. Auch wir wollen Frieden nach außen und Ordnung im Innern. Arbeitszeitverkürzung bedeute praktisch 16prozentigen Lohnabbau für Millionen, Minderung der Kaufkraft, Verringerung der Arbeitsmöglichkeit. Wir brauchen eine großzügige Wohnungs- und Bevölkerungspolitik. Das Wohnungsproblem ist das größte aller sozialen Probleme. Die Urbarmachung brachliegender Flächen würde jährlich für 100 000 Menschen neue Siedlungsmöglichkeiten schaffen. Wir haben von jeher nicht bezweifelt, daß Reichsminister Brüning mit jedem Willen an die Bewältigung der Probleme herangeht. Aber er hat sich dabei mit Parteien verbündet, mit denen man einfach nicht zusammengehen kann. Regieren, Herr Reichsminister, kann man nur mit großen Parteien, die weitgehend diszipliniert sind und die das Vertrauen der Massen des deutschen Volkes haben.

Abg. Hepp (Landvolk) bezeichnet es als einen schweren Fehler, daß man nicht bereits nach den Reichstagswahlen von 1930 die großen politischen Kräfte der Rechten zur Verantwortung mit herangezogen habe. Das Verbot der SA. und SS. werde von der Landvolkpartei in keiner Weise gebilligt. Nach einer Kritik der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Reichsregierung erkennt der Redner die Maßnahmen an, die zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Betriebe im Ostfeldgebiet durchgeführt wurden. Der für die Landbevölkerung lebenswichtige Schutz der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, der von der Regierung immer wieder zugesichert worden sei, sei dagegen noch heute nicht durchgeführt. Das bäuerliche Volk habe ein Anrecht darauf, daß die Voraussetzungen für seine Existenzmöglichkeit geschaffen und aufrecht erhalten werden, und zwar nicht nur aus rein wirtschaftlichen, sondern vor allem auch aus staatspolitischen Gründen.

Im Hammelsprung wird die Ausschlußbeweisung mit 204 gegen 209 Stimmen abgelehnt. In zweiter Lesung werden ohne besondere Abstimmung die Paragraphen 1-7 des Schuldentilgungsgesetzes gegen die Rechte und Kommunisten angenommen.

Zu Paragraph 8, der die Kreditermäßigung zur Aufhebung einer Prämienanleihe für die Arbeitsbeschaffung enthält, wird von der Deutschen Volkspartei ausdrückliche Abstimmung gefordert. Da das Ergebnis der einfachen Abstimmung zweifelhaft ist, muß wiederum Hammelsprung erfolgen. Paragraph 8 wird mit 245 gegen 224 Stimmen angenommen. Annahme findet auch Paragraph 9, womit die zweite Lesung des Schuldentilgungsgesetzes beendet ist.

Die dritte Lesung findet am Donnerstag statt. In der weiter fortgesetzten allgemeinen politischen Aussprache tritt

Abg. Graßmann (Soz.) zunächst der Behauptung der Nationalsozialisten entgegen, die Vorwürfe wegen landesverräterischer Äußerungen in der nationalsozialistischen Presse seien unwahr. Der Redner verliest einige Stellen aus einem Artikel des pommerischen nationalsozialistischen Organs und erklärt, der Vorwurf des Landesverrats sei trotz aller gegenteiligen Behauptungen der Nationalsozialisten sehr wohl berechtigt. Die Bemerkung des Abg. Wang (Dntl.), nicht das Kapital, sondern die Kapitalzerstörung sei Schuld an dem Niedergang der Wirtschaft, sei recht fadenheilig angesichts der Tatsache, daß das Kapital geradezu ruiniert worden sei. Die Lohnentzügen hätten zu einem Zustand geführt, der jeden Deutschen mit Scham erfüllen müßte. Das Ergebnis der Fehler der sogenannten Wirtschaft sei eine Steigerung der Arbeitslosigkeit, die nicht nur eine große gesellschaftliche und politische Gefahr für die Welt darstelle, sondern die auch das Unmenschliche gegenüber dem Einzelnen sei, was sich denken lasse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen die Verkürzung der Arbeitszeit; sie müsse allerdings verbunden werden mit einem Einkommenszwang und dürfe nicht eine Gewinnsteigerung für den Unternehmer zur Folge haben.

Abg. Göring (Nat.) erinnert daran, daß sich das Kabinett Brüning vor zweieinhalb Jahren als Kabinett der Frontsoldaten eingeführt habe. Wir glauben selbst, so fährt er fort, daß, wenn es in diesem Geiste arbeiten würde, es tatsächlich Aufbauarbeit leisten könnte. Es zeigte sich aber bald, daß man es besser bezeichnen konnte als „Kabinett der Illusionen“. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir die dem Kabinett in seiner Gesamtheit unser Mißtrauen aussprechen. Es ist nach unserer Auffassung nicht möglich, Herr Reichsminister, mit der Teilnahme an internationalen Verhandlungen

Lebruns Wahl zum Präsidenten

B. Paris, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht der Badischen Presse.) Senatoren, die sich in so kurzer Zeit wiederholen, wie die heutige Wahl des Präsidenten der Republik auf jene folgt, die fast auf den Tag vor einem Jahr stattfand, verlieren viel von ihrer Anziehungskraft. Dazu kommt noch, daß die Wahl vom 13. Mai des Vorjahres den Kampf aller seiner Feinde gegen Briand und die Entscheidung zwischen Briand und Doumer zu bringen hatte. Die beiden Gegner sind heute tot. Laval, der damals Ministerpräsident war, ist heute zu vollkommener Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Senatoren hat die Politik eines Landes so rasch und so gründlich sich geändert, wie die Frankreichs. Immerhin und trotzdem der ermordete Präsident der Republik noch auf der Totenbahre liegt, war auch die heutige Wahl ein gesellschaftliches Ereignis. Die Pariser Zeitungen hatten in den letzten Tagen die Namensliste jener veröffentlicht, die in den großen Hotels von Versailles Tisch für das Mittagessen reservieren ließen. Denn es ist gewissermaßen eine gesellschaftliche Verpflichtung, am Tage der Präsidentenwahl in einem dieser großen Hotels zu frühstücken. Man fährt nach Versailles fast schon von Paris an durch ein Militärspalier; besonders die Umgebung des Schlosses ist militärisch abgeperrt.



Vom politischen Standpunkt aus war es eine vielbesprochene Frage, ob jene Deputierten, die durch die letzte Wahl aus der Deputiertenkammer ausgeschieden, dennoch heute zur Wahl kommen würden. Sie kamen alle. Es mag verfassungsmäßig sein, logisch ist es sicher nicht, daß nun die abtretende Kammer, das französische Volk weitestgehend das Mißtrauen ausgesprochen hat, noch den neuen Präsidenten der Republik wählt, der nun mit der neuen Kammer zu regieren haben wird. Man weiß seit gestern, daß die Wahl auf niemand anders fallen kann als auf den bisherigen Präsidenten des Senats, Albert Lebrun, der damit einen zweiten Höhepunkt seiner politischen Karriere erreicht. Der erste war im Jahre 1911, als Albert Lebrun zur Zeit der Agadir-Affäre Kolonialminister und damit im Mittelpunkt des Weltereignisses stand. Neben Lebrun gibt es nur einen Sozialisten und einen kommunistischen Schattenschieden.

In seiner Eigenschaft als Präsident des Senats eröffnete Lebrun heute die Sitzung der Nationalversammlung. Er ist ein Mann, der jünger aussieht, als es nach seinem Alter von 61 Jah-

ren anzunehmen wäre. Sein Haar ist grau, sein Schnurrbart aber ist noch braun. Er beginnt mit dem Nachruf auf den verstorbenen Präsidenten der Republik. Das Blatt, von dem er abliest, zittert in seinen aufgeregten Händen. Gleich darauf beginnt die

Abstimmung,

nachdem das Los darüber entschieden hat, daß man mit jenen Deputierten und Senatoren beginnen werde, deren Name mit dem Buchstaben M anfängt. Um 16 Uhr war die Abstimmung beendet, die sich ohne irgendwelche Zwischenfälle vollzogen hatte. Lardieu und Laval wurden teils mit Beifall, teils mit Widerspruch begrüßt, als sie zur Abstimmung aufgerufen wurden. Als Herriot seine Stimme abgab, erscholl Beifall und Händeklatschen. Nachdem die Zählung der Stimmen durchgeführt worden war, wurde folgendes Stimmergebnis verkündet:

Von den 902 Wahlberechtigten nahmen nur 826 an der Wahl teil. 49 leere Stimmzettel wurden abgegeben. 633 Senatoren und Deputierte stimmten für Lebrun, 114 für den Sozialisten Faure, 8 für den Kommunisten Cahin, 12 Stimmen wurden für Painlevé abgegeben, obwohl er nicht kandidiert hatte, und 10 waren verpuffert. Dieses Stimmergebnis hatte unter großem Beifall der Versammlung der Vizepräsident des Senats, Kabinet, verkündet, während sich der neugewählte Präsident der Republik bereits in seinen Salon zurückgezogen hatte.

Sofort nachdem das Wahlergebnis verkündet war, empfing Lebrun die Glückwünsche der Regierung und übernahm auch aus den Händen Lardieus die oberste Regierungsfunktion, die Lardieu seit dem Tode Doumers ausgeübt hatte. Das neue Staatsoberhaupt empfing dann noch die Glückwünsche des Parlaments und anderer öffentlicher Vereinigungen und Persönlichkeiten.

In der Ansprache, die Lardieu nach der Wahl an den neuen Präsidenten hielt, gab er dem Vertrauen Frankreichs in die Persönlichkeit Lebruns Ausdruck und meinte, daß ihn seine Mäßigung dazu bestimme, der Schiedsrichter unter den Parteien zu sein. Lebrun gab mit seinem Dank auch den üblichen Friedensversicherungen Ausdruck.

Von Versailles fuhren Lebrun und Lardieu zuerst ins Ellysée zu einer kurzen Andacht an der Bahre Doumers und dann zum Grab des Unbekannten Soldaten, wo Lebrun einen Kranz niederlegte. Er wird am Freitag ins Ellysée übersiedeln. Im Laufe des Tages hatte Lebrun verschiedene Drohbriefe erhalten, die ihn dasselbe Schicksal ankündigten, das seinen Vorgänger ereilte. Bald nach seiner Heimkehr nach Paris empfing Lebrun den Ministerpräsidenten Lardieu, der ihm die Demission der Regierung überbrachte. Damit ist in der politischen Geschichte Frankreichs ein neues Kapitel eingeleitet.

Die evang. Kirche und das Kircheld.

In einem Karlsruher Blatt war behauptet worden, daß die evang. Landeskirche beabsichtige, eine Anleihe von einer Million Mark zur Bezahlung der Gehälter der Geistlichen aufzunehmen.

Die politische Betätigung städtischer Beamten

Forstheim, 10. Mai. Der Stadtrat hat aus Anlaß eines Antrages der NSDAP festgestellt, daß den städtischen Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung und der Freiheit ihrer politischen Betätigung innerhalb der aus dem beamtenrechtlichen Dienstverhältnis sich ergebenden gesetzlichen Schranken zusteht.

Pflegeanfällen und nolleidende Gemeinden.

Die Pressestelle beim Bad. Staatsministerium veröffentlicht in der Dienstag-Nummer des Badischen Staatsanzeigers eine Mitteilung, wonach es entgegen einer bei uns erschienenen Veröffentlichung unrichtig ist, daß die Heil- und Pflegeanstalt Illena u. zwei von der Gemeinde Bretzheim dort untergebrachte Anstaltsinsassen insolge des ausbleibenden Versorgungsgeldes nach Hause geschickt habe.

Die Finanzlage der Stadt Sinsheim.

Sinsheim, 10. Mai. Ueber die finanziellen Verhältnisse der Stadt gab Bürgermeister Pahl in der letzten Bürgerauschussung Aufschluß. Wohlfahrtslasten und Umlagerungslasten bringen für die Gemeinde drückende Sorgen.

St. Georgen i. Schw., 10. Mai. (150 000 Mark Defizit im abgelaufenen Rechnungsjahr.) In der Bürgerauschussung vom 8. Mai wurde vom Bürgermeister beauftragt, daß nach Abschluß der Rechnung am 31. März 1932 der Gemeindehaushalt einen Fehlbetrag von rund 150 000 Reichsmark aufweise.

Sinsheim, 10. Mai. (Bürgermeisterwahl.) Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl wurde Bürgermeisterstellvertreter Glasermeister Karl Bögle mit 39 Stimmen zum Ortsoberrhaupt gewählt.

Jubilare.

h. Graben, 10. Mai. (Ältestes Jubilare.) Unser ältester Mitarbeiter, Gefangenwärter a. D. Roth, konnte am Sonntag in verhältnismäßig guter körperlicher und geistiger Frische seinen 87. Geburtstag feiern.

Wenzingen, 10. Mai. (Ein zünftiger Kreis.) In seltener Rüstzeit kann hier Karl Schumacher sen., Metzgermeister, seinen 84. Geburtstag feiern.

Mannheim, 10. Mai. (Rüstiges Alter.) Dieser Tage konnte Frau Johanna Stümmel in jugendlicher Frische und bester Gesundheit ihren 75. Geburtstag feiern.

Die Gemeinde Wenzingen, 10. Mai. (Zwangsversteigerungen.)

Zwangsversteigerungen. Am Freitag, den 11. Mai 1932, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe, Gerrenstraße 43b, gegen bare Zahlung im öffentlichen Versteigerungsausschuss folgende Sachen öffentlich versteigern:

Swangsversteigerung. Donnerstag, den 12. Mai 1932, mittags 12 Uhr, werde ich in Karlsruhe, i. Handlstraße, Herrnh. 46a, gegen bare Zahlung i. öffentlichen Versteigerungsausschuss folgende Sachen öffentlich versteigern:

Kaufgesuche. Gebrauchte Schallbretter sowie Rahmenholzer

Briefhüllen. In jeder Länge zu kaufen gesucht. Preisangebots unter 2000 an die Badische Presse.

Swangsversteigerung. Donnerstag, den 12. Mai 1932, mittags 12 Uhr, werde ich in Karlsruhe, i. Handlstraße, Herrnh. 46a, gegen bare Zahlung i. öffentlichen Versteigerungsausschuss folgende Sachen öffentlich versteigern:

Swangsversteigerung. Donnerstag, den 12. Mai 1932, mittags 12 Uhr, werde ich in Karlsruhe, i. Handlstraße, Herrnh. 46a, gegen bare Zahlung i. öffentlichen Versteigerungsausschuss folgende Sachen öffentlich versteigern:

Wohnungsfürsorge und Neuhausbesitz.

Eine Regierungsdenkschrift über die Wohnungsfürsorge.

Der Haushaltsausschuß des Landtages setzte am Dienstag die Beratung über den Haushalt des Ministeriums des Innern fort. Von der Regierung liegt eine eingehende Denkschrift über Organisation und bisherige Leistung der Wohnungsfürsorge vor.

Die Einnahmen für die Wohnungsfürsorge sind stark zurückgegangen.

Seit 1927 hat das Land für den Wohnungsbau 25,3 Millionen langfristige und 10,8 Millionen kurzfristige Anleihen aufgenommen. Von den kurzfristigen Anleihen ist noch ein Rest von 9,27 Millionen vorhanden.

Die noch verfügbaren Wohnungsbauanteile sollen nach erfolgter Behebung der Wohnungsnot für die Instandsetzung der Altmwohnungen verwendet werden.

Der Gebäudesteuererlösbetrag beläuft sich auf 49,5 Millionen. Dieser Betrag ermäßigt sich durch Nachlässe, Stundungen,

Unbebringlichkeit und dergl. auf 28,25 Millionen Reichsmark. Das Erträgnis der Steuer ist durch die 20prozentige Senkung ab 1. April, durch die Befreiung der Landwirtschaft und durch die Beseitigung der Höfnerbesteuerung gut rentierender Anwesen zurückgegangen.

Ein Zentrumsantrag, den für die Erleichterung der Lage des Neuhausbesitzes vorgelegenen Betrag von jährlich 300 000 Mark auf 700 000 Reichsmark und die vorgelegene Summe für neue Wohnungsbaudarlehen von 105 000 auf 871 000 Reichsmark zu erhöhen, wird mit Mehrheit angenommen.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt des Innenministeriums wurde ein Antrag des Zentrums angenommen, die Hauswirtschaftliche Hilfe namentlich von Ausländern einzuschränken.

Waldbut, 10. Mai. (Straßenbauten.) Das badische Finanzministerium hat für den Straßenbau Schäden — Niederwühl eine Staatshilfe von 12 000 RM. in Aussicht gestellt.

Bad. Architekten Tagung in Heidelberg.

Heidelberg, 8. Mai. In Heidelberg tagte am 7. und 8. Mai der Bund Deutscher Architekten, Landesverband Baden. Am Freitagabend fand im Hotel Reichshof eine Begrüßungsveranstaltung statt.

Samstag vormittag wurden auf einer Rundfahrt durch Heidelberg die neueren Bauten der letzten Jahre besichtigt. Daran anschließend fand in der Stadthalle die Hauptversammlung statt.

Am Samstag nachmittag wurden im Redartale die Staufstufen besichtigt. Abends fand im „Schwarzen Schiff“ ein geistliches Beisammensein statt.

Zwei Motorradfahrer tödlich verunglückt. Mannheim, 10. Mai. In der Nacht auf Dienstag gegen 1 Uhr fuhren der ledige 24 Jahre alte Willi Grimm und der 25 Jahre alte, ledige Tapezierer Johann Berisch, beide aus Neckarau, mit einem Motorrad amischen Rhein und Neckarau auf einen Lastkraftwagen auf.

Tragischer Unglücksfall. Hb. Offenburg, 10. Mai. Die Ehefrau des Stadtoberssekretärs Benz fiel heute vormittag einem tragischen Unglücksfall zum Opfer.

Ein Gütertransport auf dem Bodensee abgetrieben.

Binbau, 10. Mai. Im Weststurm abgetrieben wurden am Samstag zwei Gütertransporte auf dem Bodensee. Ein bayerischer Transporter versuchte in den Binbaur Hafen einzufahren.

Oberhausen (Amt Emmendingen), 10. Mai. (Räuber Tod.) Einen raschen Tod im Wartezimmer eines Dentisten hier erlitt die 70 Jahre alte Karoline Maurer.

Diersheim (Bez. Kehl), 10. Mai. (Schweres Hagelwetter.) Gestern nachmittag wurde unsere Gemarkung von einem schweren Hagelwetter heimgesucht.

Märkte in Baden.

Durlach, 7. Mai. Schweinemarkt. Befahren mit 80 Käufern und 112 Ferkelschweinen. Verkauf wurden 66 bzw. 112. Preis per Paar Käufer 36-42, Ferkel 20-31 RM.

Graben, 9. Mai. (Spargelmarkt.) Zufuhr 6 Zentner. Häufigster Preis für 1 Pfund: 1. Sorte 60; 2. Sorte 40; Suppenpargelein 25 Pf.

Forstheim, 9. Mai. (Schlachtochmarkt.) Aufgetrieben waren 682 Tiere, und zwar: 5 Ochsen, 12 Kühe, 59 Rinder, 21 Ferkel, 122 Kälber, 463 Schweine.

Modesheim, 9. Mai. (Schweinemarkt.) Zufuhr und Preise je Paar: 16 Milchschweine 20 RM., 47 Käufer 35-38 RM.

Freiburg, 9. Mai. (Schlachtochmarkt.) Auftrieb und Preise je 50 kg.: 9 Ochsen und 22 Rinder: a) 32-34, b) 25-30, c) 23-25; 14 Ferkel: b) 23-25, c) 21-23; 19 Kühe: b) 17-20, c) 15-17; 12-14; 205 Kälber: b) 48-52, c) 45-47; d) 40-43; 350 Schweine: b) 39-41, c) 42-43, d) 44-46; 22 Schafe: b) 30 bis 34, c) 28-28 RM. Tendenz: gut, ausverkauft.

Kandern, 9. Mai. (Biehmarkt.) Zufuhr: 50 gr. Ochsen, Preis 400-500 RM., 27 mittl. Ochsen, Preis 250-350 RM., 25 Kühe und Kalbinnen, Preis 350-400 RM.; 45 Rinder, Preis 150-250 RM.; 10 Kälber, Preis 90-140 RM.

Kandern, 9. Mai. (Schweinemarkt.) Zufuhr und Preise je Paar: 247 Stück. Milchschweine bis 6 Wochen 26-30, über 6 Wochen 30-45 RM. Tendenz: lebhaft.

Matt-Creme

Zart und matt sei der Teint! Welche Frau wäre nicht entzückt von einem besonders gepflegten Teint! Veredeln Sie ihn mit Matt-Creme, dem erlesenen 4711-Erzeugnis. Dieser klassische Schönheits-Creme gibt der Haut jene feine, zart matte Tönung, die so überaus reizvoll wirkt.

Der klassische 4711 Schönheits-Creme

Achten Sie auf die Zahl und die blau-goldenen Hausfarben. In Tuben aus reinem Zinn 50 u. 80 Pf. Glasopf RM 1.20

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 11. Mai 1932.

Karlsruher Bezirksrat.

Der Karlsruher Bezirksrat hatte sich in seiner Sitzung am Dienstag wieder mit einer großen Anzahl Klagen von Landesfürsorge-Verbänden wegen Erlass von Fürsorgekosten zu beschäftigen.

Ferner lagen dem Bezirksrat wieder viele Wirtschaftsgesuche vor, bei denen es sich aber in der Hauptsache um Verlegung von Wirtschaftsfunktionen handelte.

Genehmigt wurden nachstehende Gesuche: Des Wilhelm Degler zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausgang zum „Rheinlona“ (Rheinstraße 42), des Hermann Wüst zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zur „Alten Brauerei Höpfer“, Kaiserstr. 14; des Anton Frank zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur Alten Brauerei Kammerer“, Waldhornstr. 23; des August Jermann um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur Hopfenblüte“, Kaiserstr. 37; des Valentin Ganz um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum „Prinz Karl“, Lammstr. 1a; des Josef Singer um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zur „Eintracht“, Karlsriedstr. 30; des Albert Baumann um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum „Gutenberg“, Kellenstr. 27; des Johann Möffinger in Beierheim um Erlaubnis zum Betrieb der Realwirtschaft zum „Schwarzen Adler“ mit Branntweinschank, Breitestr. 117; des Karl Lutzer um Erlaubnis zum Betrieb der Gastwirtschaft „Zum schwarzen Adler“, Kronenstr. 53; des Otto Selzer in Durlach um Erlaubnis zum Betrieb einer neu errichteten Gastwirtschaft im Hauje Kleinstr. 64; der Frau Emilie Staufert um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Flaschenbier im Hauje Scherzstr. 13; des Friedrich Ambacher um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Flaschenbier im Hauje Schillerstr. 48.

Von der Tagesordnung abgesetzt wurden folgende Gesuche: der Frau Luise Scheidt um Erlaubnis zum Ausschank von alkoholfreien Getränken, Bier und Wein im Verkaufshauschen Ede Kriegs- und Wolfartsweierstraße; Gesuch des Eugen Wilhelm Stroh in Ruppurt um Erlaubnis zum Betrieb des Verkaufshauschens mit Ausschank alkoholfreier Getränke an der Diakonienstraße; des Heinrich Mannherz in Durlach um Erlaubnis zum Betrieb der Realwirtschaft mit Branntweinschank zum „Kaffee Blume“ im 2. Stock des Haujes Hauptstr. 2.

Genehmigt wurden dagegen weiter die Gesuche des Rudolf Kramer, Stefanenstr. 74, des Werner Schulze, Bauhofstr. 27, und des Karl Theodor Stuh, Pfälzerstr. in Eggenstein, um Erteilung der Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen.

Dem Gesuch des Josef Schlindwein in Mäzau, um Erlaubnis zum Ausschank alkoholfreier Getränke auf dem Rheinortland bei Mäzau, zwischen den Zollgärten und dem Maxtopf, wird zugestimmt.

Abgelehnt wurde das Gesuch des Arbeiter-Turn- und Sängerbundes Wolfartsweier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft ohne Branntweinschank in seinem Sporthaus (Sportplatz). — Ferner wurde abgelehnt die Einsprache eines Söllinger Einwohnere gegen das gegen ihn erlassene Verbot. Der Abänderung und Neufeststellung von Baufluchten im Stadtteil Sulach wird zugestimmt.

— Abschiedsfeier. Zu Ehren der am 1. April d. J. nach Erreichung der Altersgrenze aus dem städtischen Dienste ausgeschiedenen Beamten der städtischen Hauptverwaltung, des Verwaltungsoberinspektors Karl Red und des Gemeindefekretärs Florian Mayer veranstaltete die Beamtenschaft der Hauptverwaltung am 7. d. M. im Rathausbräu einen Abschiedsabend, der von fast allen Kollegen der Verwaltung besucht war. Der Dienstvorsitzende der Hauptverwaltung, Verwaltungsdirektor Lacher, gedachte in ehrenreichen Worten der langjährigen treuen und hingebungsvollen Wirksamkeit der beiden scheidenden Beamten im Dienste der Stadt Karlsruhe. 46 Jahre lang gehörte Verwaltungsoberinspektor Red der städtischen Beamtenschaft an, darunter 30 Jahre der städtischen Hauptverwaltung, und Generalsekretär Mayer, der den Dienst des Gemeindefekretariats im Stadtteil Grünwinkel verließ, war über 15 Jahre in dieser verantwortungsvollen Stellung. Zwischenhinein bekleidete er auch einige Zeit das Amt eines Stadtratsmitgliedes. Verwaltungsdirektor Lacher übergab schließlich den scheidenden Kollegen namens ihrer Kollegenschaft schöne Geschenke und trübte daran die besten Wünsche für ihr weiteres Wohlergehen. Oberinspektor Red dankte namens der Geehrten in herzlichen Worten. In eindrucksvoller Weise wurde der Abend verschönt durch ausgezeichnete Gesangsvorträge des Kammerjägers Franz Schuster und stimmungsvolle musikalische Vorträge eines Trios, bestehend aus den städtischen Beamten Leopold Falkenberg, Ludwig Huber und Paul Uhr. Am das gute Gelingen des Abends machte sich in besonderem Maße Stadtmayor Josef Laubach verdient.

+ Café Museum. Heute, Mittwochabend, findet im unteren Lokal Gesellschaftsabend statt. Die Tanzmusik spielt die Kapelle Dolezel. Freier Eintritt.

* Kaffee Bauer. Auf das heutige Mittwoch-Konzert der neuen Kapelle Ernst Walter sei hingewiesen. Am 1. Teil spielt Ernst Walter Gavotte wenigstens von Kreisler und Sonaten von Beethoven. Am 2. Teil kommt die neue Bühnenschau „Eine Heide nach Wien“, zur Aufführung.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 7. Mai: Maria Lang, geb. Krüger, 62 Jahre alt, Witwe von Emil Lang, Fader. — 9. Mai: Margareta Lindenfelder, geb. Jinger, 80 Jahre alt, Witwe von Karl Lindenfelder, Stadtarbeiter; Oscar Hildbrand, Chem., 49 Jahre alt, Reichsbahninspektor; Karl Hank, 6 Jahre alt, Söhne; Wilhelm Haug, Kranenführer. — 10. Mai: Maria Zimmerer, geb. Schmitt, 53 Jahre alt, Ehefrau von Karl Zimmerer, Schlosser.

Deutschlands Geschick ist Weltgeschick.

Jahresversammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmer-Verbände Badens. Staatspräsident Dr. Schmill über Volksgemeinschaft

Karlsruhe, 10. Mai.

Am Dienstag fand im Hotel Germania die diesjährige Jahresversammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände, Abteilung Baden, statt, die aus den verschiedenen Landesstellen stark besucht war. Zugewandert waren Staatspräsident Dr. Schmitt, Unterrichtsminister Dr. Baumgartner, Ministerialrat Dr. Hecht-Berlin, der badische Bevollmächtigte zum Reichsrat, die Präsidenten der Reichsbahn- und der Oberpostdirektion und des badischen Rechnungshofes und eine Reihe von Landtagsabgeordneten.

Der Vorsitzende, Handelskammerpräsident Lenei-Mannheim, verwies darauf, wie trotz aller Ministerbesprechungen ein gangbarer Weg aus der Krise bis heute nicht gefunden sei. Anstatt daß alle Völker sich in dem Willen vereinigen der gewaltigen Krise Einhalt zu tun, auf Besserung zu hoffen, sperre sich ein Volk vom anderen ab. Landwirtschaft und Industrie kämen tagtäglich mehr in Not und alle bisher beschrittenen Wege, alle Arbeitsbeschaffungsprogramme hätten sich bisher als aussichtslos für den Weg zur Rettung erwiesen. Nur rücksichtslose Wahrheit und Aufklärung, die zu gegenseitigem Verstehen führen müßten, könnten uns retten. Leider scheine es ein schwerer dornenvoller Weg zu sein, bis die Völker sich zu dem wirklichen Verständnis durchgerungen hätten, das sie aus ihrer Not führe. Nur eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Völker und nur eine weitgehende gegenseitige Hilfeleistung könne uns aus der Weltkrise herausführen.

Für die in der Vereinigung eingeschlossene Landwirtschaft sprach im folgenden der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer Dr. Graf Douglas, der auf die Standardisierungsbestrebungen in der Landwirtschaft und das bisher erreichte (für Milch und Eier) verwies und für Handwerk und Gewerbe Präsident Jermann sprach, der sich einmal gegen die Ausbeutung kommunaler Wirtschaftsbetriebe aussprach und zum anderen eine grundsätzliche Wandlung in der deutschen Wirtschaftspolitik forderte.

Staatspräsident Dr. Schmill

begrüßte die in der Vereinigung der Unternehmerverbände erstrebte und erzielte Zusammenarbeit und verband damit Gedankengänge über den Volksgemeinschaften.

Es gehe nicht an, so führte der Staatspräsident u. a. aus, daß Lasten und Aufgaben nur auf einen Teil des Volkes abgedrückt werden, damit der andere Volksteil davon befreit sei, es gehe auch nicht an, bei der Aufgabenteilung einem Teil die Aufgaben zuzuschreiben, die er nicht aus eigenen Mitteln beitreten kann. Wer Aufgaben erfüllen soll, muß auch die Mittel dazu haben oder die Mittel müssen ihm zur Verfügung gestellt werden. Der große Volksgemeinschaftsgedanke muß zu finden sein in dem Ausgleich zwischen Arm und Reich. Von dem Volksgemeinschaftsgedanken waren im vergangenen Winter alle Kreise der Bevölkerung befeuert und mit ihrer Hilfe ist es gelungen, die große Tat des deutschen Volkes zu vollbringen

und die notleidenden Volksgenossen über den schweren Winter ohne besondere Anstrengung hinwegzubringen.

Wenn wir von dem Wert der inneren Kaufkraft und der Hebung des äußeren Marktes sprechen, so bin ich der Ansicht, daß die Hebung des inneren und des äußeren Marktes gleichberechtigt ist. Beide sind gleich notwendig und es werden Zeiten kommen, sie sind zum Teil schon da, wo wir den inneren Markt nicht vernachlässigen dürfen. Aber alle Anstrengungen auf wirtschaftlichem Gebiete nützen nichts, wenn nicht der Volksgemeinschaftsgedanke im Volke mehr zum Durchbruch kommt. Unsere Not und Krise ist eine Weltwirtschaftskrise. Gemeinsam sind die Ursachen und die Erscheinungsformen der Krise in allen Ländern. Und gemeinsam müssen auch die Hilfsmittel sein. Ein Volk allein kann die Krise nicht befeitigen, die ganze Welt, alle Völker müssen zusammenstehen, um die Ursachen zu beseitigen. Deswegen nützen uns nicht Hülfe und auch nicht die Autarkie und auch nicht die Schädigung des Nachbarn. Die Förderung des Wohlens des Nächsten, des Nachbarn, bedeutet die Förderung des eigenen Wohlens. Nicht übermäßige Zollschranken, sondern Vertrauen zum anderen, Gleichberechtigung und Freiheit sind die Möglichkeiten aus der Krise herauszukommen. Auch die anderen Völker müssen sich davon überzeugen, daß Deutschlands Krise zur Weltkrise, des deutschen Volkes Geschick Weltgeschick wird.

Schwere politische Kämpfe liegen hinter uns. Zweimal sind wir zur Reichspräsidentenwahl zur Urne gegangen. Wir alle achten die politische Überzeugung jedes Einzelnen. Wir sind überzeugt, daß jeder nach nationalem und ehrenhaftem Empfinden bei der Wahl gehandelt hat. Aber die Wahl ist vorüber und es wäre an der Zeit, daß sich das deutsche Volk geschlossen hinter seinen neu gewählten Reichspräsidenten stellt, damit die schwierigen Verhandlungen der nächsten Zeit in für Deutschland günstigem Sinne zu Ende geführt werden können. Hierin sollte jeder seine Pflichten erfüllen sehen, wie einst im Felde. Wir wollen nicht verzagen und ausharren und wenn wir einig sind, werden wir kräftig sein. Wir glauben an unsere Kraft, an Deutschlands Zukunft und Deutschlands Freiheit. (Starker Beifall.)

Die Tagungsteilnehmer hörten dann einen interessanten Vortrag von Prof. Dr. Albert Hahn, Vorstandsmitglied der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt/Main, der in oft freimütiger Weise zu dem heutigen Wirtschaftssystem Stellung nahm. Der Redner befaßte sich besonders eingehend mit der Währungsfrage und übte dabei ziemlich scharfe Kritik an dem Arbeitsbeschaffungsprogramm. Wenn man alles daran setze, die Markt festzuhalten, so wisse man dann noch nicht, wie es mit der Wirtschaft weiter gehen werde. Die Darlegungen fanden vor allem in den Kreisen der anwesenden Wirtschaftspraktiker lebhaften Beifall.

Um 1 Uhr schloß Präsident Lenei die Tagung.

Der Karlsruher Sommerzugszug.



Gruppe „Sommer und Winter“, gestellt vom Stadt. Gartenamt.

Schieberei in einer Wirtschaft.

In der Nacht zum 5. März d. J. kam es in einer Wirtschaft in der Altstadt zwischen mehreren Personen zu einem Streit, wobei zunächst mit Biergläsern und sonstigen Gegenständen geworfen wurde. Plötzlich zog einer der Beteiligten eine Pistole und gab einen Schuß auf seinen Gegner ab; dieser, ein lediger, 22 Jahre alter Schneider aus Karlsruhe wurde erheblich verletzt und mußte nach dem Krankenhaus verbracht werden. Wegen dieser Angelegenheit standen der Weber Max Sch., der Transportarbeiter Friedrich St. und die Melanie E., die „Braut“ des Sch., vor dem Einzelrichter. Sch. und St. erhielten wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und unerlaubten Führens einer Schusswaffe sechs Monate bzw. sechs Wochen Gefängnis, die E. erhielt wegen Begünstigung und unerlaubten Waffenbesitzes dreieinhalb Monate Gefängnis. Gegen St., der betrunken zur Verhandlung erschien, wurde außerdem eine Ordnungsstrafe von einem Tag Haft ausgesprochen.

Gymnastik als Komplize eines Schwerverbrechers

Wie erinnerlich, spielte sich in der Nacht vom 12. auf 13. Januar in Durlach eine aufregende Verbrecherjagd ab. Die Polizei machte war von einem Bewohner des Turmbergviertels telephonisch verständigt worden, daß in seinem Hause Einbrecher seien. Die Polizei begab sich nach dem Tatort, wo sie zwei Leute antraf, die eben die Fenster des Erdgeschosses eindrückten. Beim Anblick der Polizeibeamten ergriffen die Einbrecher die Flucht, worauf die Polizei mehrere Schüsse auf sie abgab. Der jüngere der beiden Einbrecher, der durch einen Schuß eine Beinverletzung davontrug, wurde kurz nachher von einem weiteren Polizeibeamten angehalten und festgenommen, nachdem er mehrere Schüsse auf diesen Polizeibeamten abgegeben hatte. Nach seiner Festnahme wurde er ins Krankenhaus eingeliefert. Der zweite Täter wurde später festgenommen. Bei den festgenommenen wurde verschiedenes Einbrecherwerkzeug, ein Glaschneider, Brechzange, Messer, Schlagring, sowie eine Lunte Pfeffer vorgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß die beiden Täter eine Reihe anderer Einbrüche auf dem Gewissen haben, die die Bewohner des Turmbergviertels in Unruhe versetzen. Bei den beiden Einbrechern handelt es sich um den 16 Jahre alten Gymnasten Albert L. aus Durlach und den schon 21mal vorbestraften ledigen Arbeiter Peter F. aus Heidelberg. Letzterer ist ein Schwerverbrecher, der wegen Einbruchdiebstählen schon viele Jahre im Zuchthaus zugebracht hat. L. werden drei Verurteilungen, sowie zwei vollendete, zum Teil mit F. gemeinsam verübte Einbruchdiebstähle in Durlach, Ettlingen und Gröningen zur Last gelegt. Erschwerend fällt ins Gewicht, daß L. bei den Diebstahlfahrten einen geladenen Revolver bei sich trug. Die Diebstähle erstreckten sich über die Zeit vom Mai vorigen bis Januar dieses Jahres.

Das Schöffengericht verurteilte L. wegen verübten schweren Diebstahlsvertrags in drei Jahren und wegen vollendeten Einbruchdiebstahls in zwei Fällen, sowie wegen Unterhinderung zu zehn Monaten Gefängnis abzüglich dreieinhalb Monate Untersuchungshaft. Gegen den rüchfälligen Mitangeklagten F. wurde wegen zweier verübter und vier vollendeter Einbruchdiebstähle unter Einredung von sechs Monaten Gefängnis, die das Schöffengericht Kaiserslautern, und einhalb Jahre Zuchthaus, die das Schöffengericht Hanau ausgesprochen hat, eine Gesamtstrafe von drei Jahren acht Monaten, sowie fünf Jahre Ehrverlust ausgesprochen. Die zur Tat gebrauchten Einbrecherwerkzeuge und der Revolver nebst Munition wurden eingezogen. Erziehungsmaßnahmen gegen L. wurden für erforderlich erklärt.

* Stadtgarten-Restaurant. Ab heute finden jeweils Mittwoch und Samstag abends von 21 bis 24 Uhr wieder Tanzunterhaltungen statt. Kein Eintritt.

Advertisement for Franz Sulger, a funeral home. Text: "Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen innigstgeliebten Gatten, unsern guten Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Schwiegersohn (3730) Franz Sulger nach kurzem, schwerem Leiden, unerwartet rasch, im Alter von 50 Jahren, in die ewige Heimat abzurufen. Karlsruhe, den 10. Mai 1932. In tiefer Trauer: Adelheid Sulger, geb. Kist nebst Kindern. Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Friedhofkapelle Mühlburg aus statt. Trauerhaus: Philippstr. 19."

Advertisement for Herr Verw.-Oberinspektor Sasse. Text: "NACHRUF. Unser allverehrter Mitarbeiter (3732) Herr Verw.-Oberinspektor Sasse wurde uns am 8. Mai d. J. durch den Tod entrissen. Alle, die wir uns seiner Treue und der Wärme seiner Persönlichkeit in engster Mitarbeit zu erfreuen hatten, beklagen den Verlust dieses lieben Menschen. Wie sein Wesen war seine Arbeit, die aus der Tiefe eines reinen Willens und der Hingebung eines sozialdenkenden Menschen erwuchs. Ihm, der auch in weitesten Kreisen der Karlsruher Bevölkerung Wertschätzung und Vertrauen genoss, werden wir ein treues Andenken bewahren. Karlsruhe, den 10. Mai 1932. Die Direktion und das Personal des Arbeitsamtes Karlsruhe."

Advertisement for Jakob Hummel wwer. Text: "Statt Karten. Für die wohlthuende Teilnahme und Blumenpenden beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen Jakob Hummel wwer. Verkaufs, a. D. sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Jakob Hummel. Im bad. Schwarzwald, 950 m, in schön geleg. Wohnhaus mit neu renov. 8 Zimmer und Küche, nebst landw. Räumern u. 2 Morgen Umland zu vermieten oder zu verkaufen. Haus eignet sich auch als Pension. herrliche Alpenluft. Angebote n. 11508a an die Bad. Presse."

Advertisement for fish. Text: "Durch Fisch gesund und frisch. 1000-2000 Mk. Darlehen. 1. Subvention d. Staatl. u. Reichl. u. 2. 4-10000 Mk. August Schmitt, Badischer Landesbank, Karlsruhe, 33. par. (71a) Vegr. 1879, (4988)

Advertisement for Massage. Text: "Schönheitspflege, medizinische Bäder FRIEDA LACKNER, Douglasstraße 26 bei der Hauptpost"

Advertisement for Rentenhaus. Text: "Immobilien. Zu kaufen gesucht: Anzahl. bis 35 Tausend. Weststadt, Südlage. Angebote unter 95651 an die Badische Presse, Hauptstraße 36."

Advertisement for Kapitalien. Text: "Kapitalien 8-10 000 Mk. gesucht für eine erste Hypothek auf d. Haus eines Handwerkers, d. gut zu tun hat. Brandstiftungsversicherung 24000 Mk. Nach Vereinbarung wird dort bern. Näb. durch Otto Hansen, Königsfeld (Baden) Siegenhausergasse, Karlsruhe, 33. par. (71a)

Advertisement for Verloren. Text: "Verloren Schlüsselbund verlorener. Abzug in d. Bad. Presse, (4988)

Advertisement for Massage. Text: "Schönheitspflege, medizinische Bäder FRIEDA LACKNER, Douglasstraße 26 bei der Hauptpost"

Advertisement for Rentenhaus. Text: "Immobilien. Zu kaufen gesucht: Anzahl. bis 35 Tausend. Weststadt, Südlage. Angebote unter 95651 an die Badische Presse, Hauptstraße 36."

Advertisement for Kapitalien. Text: "Kapitalien 8-10 000 Mk. gesucht für eine erste Hypothek auf d. Haus eines Handwerkers, d. gut zu tun hat. Brandstiftungsversicherung 24000 Mk. Nach Vereinbarung wird dort bern. Näb. durch Otto Hansen, Königsfeld (Baden) Siegenhausergasse, Karlsruhe, 33. par. (71a)

Advertisement for Verloren. Text: "Verloren Schlüsselbund verlorener. Abzug in d. Bad. Presse, (4988)

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Geheimrat Bosch zum Reparationsproblem und zur Weltwirtschaftslage / Die G.V. der I. G.-Farbenindustrie.

Frankfurt, 10. Mai.
In der heutigen Generalversammlung der I. G.-Farbenindustrie G.m.b.H. machte Geheimrat Bosch vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Ausführungen:
Vor mir liegt ein Geschäftsjahr unserer Firma mit sozial Ungewöhnlichen und Unruhigen über die allgemeine Wirtschaftslage, die sich im vergangenen Jahre durch die gegenwärtige Situation über das Allgemeine Wirtschaften in der Welt und die unzureichende Deckung der Reparationsfrage aus. Die allgemeine Weltwirtschaftslage ist durch die gegenwärtige Situation über das Allgemeine Wirtschaften in der Welt und die unzureichende Deckung der Reparationsfrage aus. Die allgemeine Weltwirtschaftslage ist durch die gegenwärtige Situation über das Allgemeine Wirtschaften in der Welt und die unzureichende Deckung der Reparationsfrage aus.

Frankfurt, 10. Mai.
Die Reparationsfrage ist ein Problem, das die Weltwirtschaft in den letzten Jahren in hohem Maße beeinflusst hat. Die Reparationsfrage ist ein Problem, das die Weltwirtschaft in den letzten Jahren in hohem Maße beeinflusst hat. Die Reparationsfrage ist ein Problem, das die Weltwirtschaft in den letzten Jahren in hohem Maße beeinflusst hat.

Schutz der Rheinschifffahrt. Gegen die Tarifpolitik und die Verkehrsmonopolpläne der Reichsbahn.

Vor kurzem trat in Koblenz der Rheinische Industrie- und Handelsverein zusammen. Die Rheinische Industrie- und Handelsverein zusammen. Die Rheinische Industrie- und Handelsverein zusammen. Die Rheinische Industrie- und Handelsverein zusammen.

Das Schuldentilgungs- und Kredit-ermächtigungsgesetz.

Berlin, 10. Mai.
Der Entwurf des Gesetzes über Schuldentilgung und Kreditermächtigung enthält folgende Bestimmungen:
Die vom Reichsfinanzminister im Geleit vom 28. Oktober 1930 erteilte Ermächtigung, 500 Mill. RM. im Wege eines bis zum 15. November 1932 laufenden Kredits zu beschaffen, wird dahin geändert, daß der Kredit bis zum 15. November 1932 laufen darf.

Der Verlauf der Generalversammlung.

Die G.V. der I. G. Farbenindustrie war von 310 Stammaktionären und 3 Paragrafenaktionären mit 493,4 Mill. RM. Stammkapital und 40 Mill. RM. Vorzugsaktien besetzt. Die nichtbesetzten, sowie die im eigenen Besitz befindlichen Aktien waren nicht anwesend.

Der Reichsbankausweis.

Millionen	30. April 1932.		7. Mai 1932.	
	Veränderung	gegen Vorwoche	Veränderung	gegen Vorwoche
Geldbestand (Barrengold) ...	859 824	- 1 091	851 110	- 7 724
und zwar Goldbestand ...	763 867		761 954	
Silberbestand (unest. i. Ausl.) ...	94 967		89 156	
Reichsbankwechsel ...	130 616	+ 1 571	133 256	+ 2 638
Sonstige Wechsel u. Schecks ...	26 390	+ 19 270	10 040	- 16 350
Deutsche Reichsbanknoten ...	3 145 522	+ 256 324	3 145 676	+ 154
Sonstige Reichsbanknoten ...	162 394	- 117 196	197 797	+ 35 403
Banknoten anderer Banken ...	2 176	- 9 485	5 823	+ 3 647
Bankguthaben ...	281 987	+ 193 705	110 974	- 171 013
Sonstige Aktiva ...	404 729	+ 34 495	362 836	- 41 893
Sonstige Passiva ...	812 514	- 73 628	817 301	+ 4 787

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 10. Mai. (Eigenbericht). Die Abendbörse hatte ruhiges Geschäft. Der Kupferverkauf des Reichsbanks, sowie der Verkauf der Aktien der I. G. Farbenindustrie, waren die Hauptgeschäfte der Börse.

Kölner Butterbörse.

Köln, 10. Mai. In der Butterbörse notierte heute im Verkehr zwischen Erzeugern und Großhandel am 10. Mai je 100 Kg. (Brutto) und Gebinde je (Netto des Käufers): 1. Qualität 246, 2. Qualität 236, Tendenz fest.

Süddeutscher Eisenmarkt.

Die Lage im Geschäft mit Roheisen hat sich für die Verkäufer nicht so günstig entwickelt, wie die Absichten der Käufer. Die Nachfrage ist zwar vorhanden, aber die Preise sind durch den Überfluß an Roheisen auf dem Weltmarkt herabgedrückt worden.

In Reichsbanknoten und Reichsbankguthaben zusammen sind 146,3 Mill. RM. in der Kasse der Reichsbank zurückzuführen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 187,2 Mill. auf 390,9 Mill. RM. und an Reichsbankguthaben um 9,1 auf 406,4 vermindert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Reichsbanknoten auf 20,8 Mill. RM. erhöht, die fremden Gelder zeigen sich mit 322,5 Mill. RM. eine Abnahme um 41,9 Mill. RM.

Junkers Vergleichstermin vertagt.

Im ersten gerichtlichen Vergleichstermin über das Vermögen Prof. Junkers, sowie der Firma Junkers & Co., Kalorier-Werk, Junkers & Co. und Junkers Hauptbüro, Fortigungsanstalt, stellte der Treuhänder Vermögensverwaltung, dem Rat gegeben wurde, er sei beabsichtigt, in absehbarer Zeit eine gemeinsame außergerichtliche Vermögensverwaltung der Junkers & Co. zu übernehmen, die Junkers & Co. herbeizuführen, wenn es sich nicht anders ergibt, so in jedem der Verfahren die erforderliche Mehrheit erreicht werde.

Die Vomag in Konkurs.

Die Verwaltung der Bochländerischen Maschinenfabrik A.-G. vorm. J. G. & S. Dietrich in Planen mittel, haben die Verhandlungen zwischen dem Konkursverwalter und dem Bankrotentwurf zu keinem Ergebnis geführt, so daß die Verwaltung sich gezwungen sah, ihren Vergleichsvorschlag zurückzuziehen. Daraufhin hat das Gericht das Konkursverfahren eröffnet.

Aktienindex.

Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex auf der Basis 1924 bis 1926 gleich 100 stellt sich für die Woche vom 2. bis 7. Mai auf 51,18 gegen 50,89. Das Kursniveau der Gewerkschaften, insbesondere der Bergbau, hat sich im Durchschnitt um 64,28 auf 65,94 Prozent erhöht.

Auslandsmärkte.

London, 10. Mai. (Frankfurt). Getreide-Schlußkurs (Vortagskurs in Klammern). Weizen (100 lb.) Tendenz fest (fest); Mai 53 1/2 (52 1/2), Juni 55 (54 1/2), Juli 57 (56 1/2), Dez. 58 1/2 (57 1/2), März 59 1/2 (58 1/2). Weizen (280 lb.) Tendenz fest (fest); Mai 17 1/2 (17 1/4), Juni 17 3/4 (17 1/2), Juli 18 1/2 (18 1/4), Dez. 19 1/2 (19 1/4), März 20 1/2 (20 1/4). London Weizenmehl 23-24 (23-24), Preise in Sterling u. Pence. Chicago, 10. Mai. (Frankfurt). Getreide-Schlußkurs (Vortagskurs in Klammern). Weizen: Tendenz kaum fest (fest); Mai 54 1/2 (53 1/2), Juni 56 1/2 (55 1/2), Juli 58 1/2 (57 1/2), Dez. 59 1/2 (58 1/2), März 60 1/2 (59 1/2). Mais: Tendenz fest (fest); Mai 29 1/2 (29 1/4), Juni 30 1/2 (30 1/4), Juli 31 1/2 (31 1/4), Dez. 32 1/2 (32 1/4), März 33 1/2 (33 1/4). Hafer: Tendenz fest (fest); Mai 24 1/2 (24 1/4), Juni 25 1/2 (25 1/4), Juli 26 1/2 (26 1/4), Dez. 27 1/2 (27 1/4), März 28 1/2 (28 1/4). (Alles in Cents je Bushel).



Chlorodont

Zur Zahnpflege und zur Erlangung schöner weißer und gesunder Zähne von mehr als 6 Millionen allein in Deutschland täglich im Gebrauch.

